



Mit Jugendberufshilfe zu mehr Chancengerechtigkeit

Als Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
appellieren wir an die Landespolitik, das
Übergangsmanagement von der Schule in den
Beruf systematisch auszubauen.

www.liga-hessen.de



Landesverband
der Jüdischen
Gemeinden in
Hessen K. d. ö. R.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

1. Abgehängte Jugendliche mitnehmen



2.126 Schüler*innen sind laut hessischem Kultusministerium im Zeitraum von März 2020 bis Februar 2021 den Staatlichen Schulämtern als «abgetaucht» gemeldet worden. Das entspricht laut Ministerium rund 0,3 Prozent aller Schüler*innen an öffentlichen Schulen in Hessen.

Durch flächendeckende aufsuchende Jugendsozialarbeit und niederschwellige Beratung in den Kommunen können

schwer erreichbare Jugendliche in ihrer Persönlichkeit gestärkt und an die Unterstützungssysteme des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes herangeführt werden.

Was ist zu tun:

- Wir fordern die **Angebote und Projekte zur aufsuchenden Arbeit durch ein Landesprogramm auszuweiten und die Kommunen zu stärken.**

Dazu gehört, den Ausbau der „Förderung schwer zu erreichenden junger Menschen“ (§ 16 h SGB II) verstärkt in den Blick zu nehmen und die Jobcenter in Hessen darin zu bestärken, die in diesem Gesetz liegenden Chancen unbürokratisch umzusetzen (z.B. Anwendung von Zuwendungsrecht statt Vergaberecht).

- **Ausbau von psychosozialen Angeboten**, um dem Unterstützungsbedarf vieler Jugendlicher nach Corona Rechnung zu tragen.

- **Ausbau von kostenlosen Nachhilfeangeboten** für benachteiligte Jugendliche.

- Wir fordern die **Einführung eines flächendeckenden Monitoring-Systems für alle Schulabgänger*innen über den Ausbildungsstatus einzuführen**, um zu verhindern, dass „unversorgte“ Jugendliche verloren gehen.



2. Produktionsschulen ausbauen

Produktionsschulen gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um benachteiligte Jugendliche zu erreichen. Sie schaffen eine sinnvolle Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen.

Was ist zu tun:

- Es bedarf einer **Landesförderung für Produktionsschulen**, die sich an den Kriterien des Bundesverbandes Produktionsschulen ausrichtet. Sie muss nachhaltig, institutionell und rechtskreisübergreifend orientiert sein.

- **Ausbau der Finanzierung von personellen Ressourcen**, so dass dem besonderen (Sprach-) Förderbedarf von Jugendlichen mit Migrations- und Fluchtbiografien oder von jungen Menschen mit Beeinträchtigungen Rechnung getragen werden kann.

3. Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung an Schulen massiv ausbauen

Das Schulsystem schafft es häufig nicht, insbesondere Schüler*innen mit benachteiligenden Startchancen die notwendigen Kompetenzen für eine Ausbildung zu vermitteln.

Was ist zu tun:

- **Ausbau der berufsfeldnahen Praktika in allen Schulformen**
- Die **Verankerung der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an den Schulen** muss früh einsetzen, gestärkt und ausgebaut werden.

4. Flexibilisierung des Ausbildungssystems unterstützen

Für Jugendliche, die den Anforderungen einer regulären Ausbildung nicht gewachsen sind, müssen neue Qualifizierungswege entwickelt werden. Aufgrund des

hohen Arbeitskräftebedarfs werden Betriebe in Zukunft auch auf Arbeitnehmer*innen mit Teilqualifikationen angewiesen sein.

Was ist zu tun:

- Das **Ausbildungssystem sollte durch Modularisierung und verlängerte Ausbildungszeiten flexibilisiert** sowie die Möglichkeit von **anerkannten Teilqualifizierungen gefördert** werden.
- Auch die **schulische Ausbildung muss flexibilisiert und dualisiert** werden.



5. Wohnen und Mobilität von Auszubildenden verbessern

Hohe Mieten in Ballungsräumen und steigende Energiekosten erschweren oder verhindern die Möglichkeit eines Umzugs und damit die Aufnahme wohnortferner Ausbildungen.

Was ist zu tun:

- Das Land sollte ein **Förderprogramm für Wohnheimplätze für Auszubildende und junge Menschen in Qualifizierungsmaßnahmen auflegen**. Die Ausbildungswohnheime sollten sozialpädagogische Begleitung integrieren.



- Zuzüglich zur **Ausbildungsvergütung sollten die Auszubildenden die Kosten für das Deutschlandticket erstattet** bekommen.



6. Steuerung der kommunalen Bedarfe und Bildungsplanung im Übergangssystem einrichten

Bisher fehlt für die Jugendberufshilfe in Hessen eine Bildungsplanung. Eine sinnvolle Steuerung der regionalen Bedarfe und die notwendige Ausrichtung der erforderlichen Programme kann nur regional erfasst, abgestimmt und geplant werden.

Was ist zu tun:

- Mit Unterstützung des **Landes Hessen müssten rechtskreisübergreifende regionale Strukturen zur Bedarfsabstimmung und Bildungsplanung aufgebaut** und mit den regionalen Institutionen und Trägern der Jugendberufshilfe vor Ort abgestimmt werden. Dabei muss im Zusammenspiel der Träger des SGB II (insbesondere §§ 16 h, f und k), III und VIII sichergestellt werden, dass Jugendliche erreicht und niemand zurückgelassen wird.

7. Jugendberufsagenturen ausbauen

Jugendberufsagenturen sollen Jugendlichen rechtskreisübergreifend in allen Fragen rund um Berufswahl und Ausbildung Unterstützung anbieten, sie beraten, die Berufsorientierung an Schulen unterstützen sowie den Übergang in die Ausbildung und den Beruf professionell begleiten.

Was ist zu tun:

- Ein **Landeskonzept sollte hessenweit in allen 26 Gebietskörperschaften** Anlaufstellen digital und vor Ort mit einheitlichen Qualitätsstandards und entsprechender Ressourcenausstattung garantieren.

8. Außerbetriebliche Ausbildungsplätze massiv ausbauen

Allen Ausbildungsbewerber*innen in Hessen soll die Möglichkeit zur Ausbildung offenstehen. Für die Fälle, in denen eine Vermittlung in eine betriebliche Ausbildung nicht gelingt, sollen außerbetriebliche Ausbildungsstätten ausgebaut werden.

Was ist zu tun:

- Das Land muss sich auf der **Bundesebene dafür einsetzen, dass eine echte Ausbildungsgarantie im SGB III aufgenommen wird**.
- Außerdem sollte die Landesregierung einen **umlagefinanzierten Ausbildungsfonds** gründen, in den hessische Betriebe einzahlen, die selbst nicht ausbilden.



Bildmaterial: istockphoto.com

Mit Jugendberufshilfe zu mehr Chancengerechtigkeit

2021 haben 5,3 Prozent der Schüler*innen in Hessen – das sind 3.152 junge Menschen – die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Trotz vieler unbesetzter Ausbildungsstellen hatte laut dem Berufsbildungsbericht des BMBF von 2022 im Jahr 2020 mehr als ein Drittel (35,8 Prozent) der Personen mit Hauptschulabschluss zwischen 20 und 34 Jahren keine Ausbildung. Von denjenigen ohne Schulabschluss waren es sogar fast zwei Drittel (64,4 Prozent). Ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist das Risiko arbeitslos zu werden vielfach höher als mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und die Beschäftigungsmöglichkeiten werden auch in Zukunft für Geringqualifizierte abnehmen.

Als Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. appellieren wir an die Landespolitik, das Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf systematisch auszubauen.

Luisenstraße 26 | 65185 Wiesbaden | Telefon 0611 3081434 | info@liga-hessen.de | www.liga-hessen.de



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.